

Sitzungsvorlage

Gremium: Verwaltungs- und Finanzausschuss
Am: 21.01.2021

Betreff:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD zum Thema "Sicherer Hafen"

Anlage(n):

Mitzeichnung

Anlage 1: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD zum Thema „Sicherer Hafen 2020“

Anlage 2: Seebrücke Forderungen Sicherer Hafen

Anlage 3: Beantwortung der Fragen aus dem VFA vom 15.10.20 durch die antragstellenden Fraktionen

Beschlussvorschlag:

Über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD abzustimmen.

Beratungsfolge:

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungsdatum	Beschluss
Verwaltungs- und Finanzausschuss	Vorberatung	öffentlich	21.01.2021	
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	28.01.2021	

Haushaltsrechtliche Deckung

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt

Deckungsvorschlag:

Entfällt

Sachdarstellung und Begründung:

Migration und Integration ist eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und betrifft alle politische Entscheidungsträger sowie gesellschaftliche Akteure. Insbesondere die fluchtbedingte Migration nach Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zu einem viel und umstritten diskutierten Kernthema des gesamtgesellschaftlichen Diskurses entwickelt. Trotz des nach 2016 erfolgten Rückgangs der Anzahl der gestellten Asylanträge ist das Thema der Migration durch Flucht weiterhin von hoher Aktualität, nicht zuletzt, weil die Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten eine Aufgabe ist, die jahrzehntelange Bemühungen sowohl der Zugewanderten, als auch der Aufnahmegesellschaft erfordert. Den mit der Aufnahme von Geflüchteten verbundenen Herausforderungen haben sich Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auch in Kornwestheim stets mit großem Engagement gestellt.

Im Rahmen der letztjährigen Interkulturellen Woche fanden mehrere Veranstaltungen zu diesen Themen statt. Unter anderem war auch eine Abendvorstellung eines Seenotretters der Initiative Seebrücke dabei, der über seine ehrenamtlich Arbeit auf dem Mittelmeer berichtete.

Nun wurde mit Schreiben vom 10.9.2020 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD gestellt, dass die Stadt Kornwestheim der „Initiative Seebrücke – schafft sichere Häfen“ beitreten soll. Den dafür vorliegenden Antrag finden Sie im Anhang.

Hintergrundinformationen zur „Initiative Seebrücke“

Die „Initiative Seebrücke – schafft sichere Häfen“ wurde im Juli 2018 gegründet. Die Initiative stellt sich "gegen die Abschottungspolitik Europas und leistet selbst einen Beitrag, um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen"¹. Dabei fordert sie die deutsche und europäische Politik auf, sichere Fluchtwege zu schaffen, die Seenotrettung zu entkriminalisieren und den geflohenen Menschen eine menschenwürdige Aufnahme zu ermöglichen. Hierbei engagieren sich Bürger sowie Städte, Gemeinden und Kommunen.

Dies spiegelt sich auch in den drei Schwerpunkten der Initiative wieder:

a. Seebrücke

Die zivilgesellschaftliche Bewegung setzt sich aus örtlichen Gruppen zusammen. Diese stellen konkrete Forderungen an die kommunale Verwaltung ihres Ortes, sich zu einem Sicheren Hafen zu erklären und das vorhandene Unterstützungsprogramm für Schutzsuchende anzupassen und auszuweiten.

b. Sichere Häfen

Kommunen können sich als sichere Häfen aufführen lassen, wenn sie mindestens eine von acht Forderungen der Initiative erfüllen. Auf die gesamten Forderungen wird im weiteren Verlauf Bezug genommen.

¹ <https://seebruecke.org/sichere-haefen/sichere-haefen/> Stand: 24.9.2020

c. Bündnis Städte sicherer Häfen

Die Kommunen, die sich als Sicherer Hafen erklärt haben, können sich dem Bündnis Städte sicherer Häfen anschließen. Diese verpflichten sich, aus Seenot Gerettete über die gesetzliche Quote zusätzlich aufzunehmen. Zudem fordern sie die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, Zusagen zur direkten Aufnahme der Geflüchteten zu erteilen.

Grundlage für die Kommunen, um als Sicherer Hafen zu gelten, ist die Erfüllung mindestens eines der Anforderungen der „Initiative Seebrücke“. Diese lauten zusammengefasst:

1. Öffentliche Solidaritätserklärung

- Öffentliche Solidaritätserklärung der Kommune mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der Initiative für eine sichere und menschwürdige Migrationspolitik.

2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

- Die Kommune positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung in jeglicher Form. Um die Seenotrettung aktiv zu unterstützen, wird die Übernahme bzw. Beteiligung an einer Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff sowie die finanzielle Unterstützung von Rettungsschiffen angemerkt.

3. Aufnahme zusätzlich zur Quote

- Die Kommune geht ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem BAMF und dem Bundesland ein. Darin erklärt sich die Kommune zur zusätzlichen Aufnahme von Schutzsuchenden bereit. Diese werden zusätzlich zur offiziellen Verteilungsquote durch den Königsteiner Schlüssel und dem länderspezifischen Verteilungssystem zugewiesen.

4. Aufnahmeprogramme unterstützen

- Die Kommune formuliert eine Aufforderung an die Landesregierung, in dem sie ein eigenes Aufnahmeprogramm für das Bundesland fordert. Somit geht die Aufnahme, Verteilung und Versorgung in die Zuständigkeit des einzelnen Bundeslandes über. Gleichzeitig soll die Aufnahmequote des Bundeslandes angehoben werden und die Verteilung von Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnissen für sog. „Resettlement-Flüchtlinge“ erleichtert werden. Hierfür erklärt sich die Kommune gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung bereit, eine entsprechende Anzahl an zusätzlichen Aufnahmeplätzen zur Verfügung zu stellen.

5. Kommunales Ankommen gewährleisten

- Für die aus Seenot Geretteten werden die notwendigen Ressourcen für die Bereiche Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung bereitgestellt.

6. Nationale und europäische Vernetzung

- Engagement und Einsatz der Kommune auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene, um eine Umsetzung der benannten Forderungen zu erreichen.

7. Bündnis Sichere Häfen

- Mitwirkung bei der Gründung eines europaweiten Bündnisses aller Sicherer Häfen, die sich an der aktiven Gestaltung einer europäischen Migrationspolitik beteiligt.

8. Transparenz

- Die unternommenen Handlungsschritte zur Gestaltung eines sicheren Hafens und der Forderung nach einer menschenrechtskonformen Migrationspolitik werden transparent für die Bevölkerung dargestellt.

Die Forderungen der „Initiative Seebrücke“ sind unter folgendem Link im Original einsehbar: https://seebruecke.org/wp-content/uploads/2019/10/SEEBR%C3%9CCKE-Forderungen_Sicherer-Hafen_Stand_Oktober-2019.pdf (Stand: 24.09.2020)

Aktuelle Situation der Anschlussunterbringung in Kornwestheim

Mit Stand 30.09.2020 sind in den Unterkünften der Stadt 200 Personen im Rahmen der Anschlussunterbringung eingewiesen. Weitere fünf Personen werden Ende Oktober aufgenommen. Die Aufnahmequote für das Jahr 2020 ist damit erfüllt. Aus dem Kontingent des Vorjahres sind jedoch noch 36 Personen aufzunehmen. Insgesamt konnten in 2020 bereits 64 Flüchtlinge aufgenommen werden. Die Personen verteilen sich auf die städtischen Unterkünfte wie folgt:

Stuttgarter Straße 210:	12 Personen
Stuttgarter Straße 210/1:	19 Personen
Adlerstraße 17/1:	09 Personen
Oberer Klingelbrunnen 53:	- Personen
Pflugfelder Straße 45:	07 Personen
Unterer Klingelbrunnen 25:	09 Personen
Jakobstraße 16:	04 Personen
Unterer Klingelbrunnen 18:	05 Personen
Bolzstraße 31:	04 Personen
Werner-Heisenberg-Str. 27:	63 Personen
Heinkelstraße 12:	19 Personen
Villeneuvestr. 92:	49 Personen

Es gibt aktuell lediglich kleinere freie Kapazitäten in den angemieteten Wohnungen. Die sukzessive Renovierung der Zimmer in der Unterkunft Villeneuvestraße 92 ermöglicht sukzessive die Quotenerfüllung und soll mittelfristig den Abbau einer der beiden Containeranlagen ermöglichen.

Empfehlung der Verwaltung:

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kornwestheim sowie der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen, beim Integrations- und Ankommensprozess zu unterstützen und zu begleiten. Dabei gelten der Dank und die Anerkennung vor allem den vielen Bürgerschaftlich Engagierten, die sich bis heute den Neuzugezogenen annehmen und betreuen.

Die Stadt Kornwestheim kann sich nicht über gesetzliche Rahmenbedingungen (Landes- und Bundesrecht) hinwegsetzen, möchte aber ein essentielles Zeichen für Menschlichkeit, Solidarität und Frieden – im Rahmen der gemeinsamen Grundwerte der EU und BRD – setzen und empfiehlt daher den Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD positiv zu beschließen und die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen.

Aktueller Stand nach Vorberatung im VFA am 15. Oktober 2020:

In der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 15. Oktober 2020 wurde der Antrag vorberaten. In der Sitzung hat es mehrere Fragen an die antragstellenden Fraktionen gegeben, weshalb die Vorlage ohne Beschlussempfehlung in die Sitzung des Gemeinderates am 22. Oktober 2020 gegeben wurde. Dort wurde sie dann ebenfalls noch einmal vertagt, da die Beantwortung so kurzfristig nicht erfolgen konnte. Inzwischen liegen die Antworten der Fraktionen Grüne/Linke und SPD vor und sind als Anlage 3 beigefügt.

ANTRAG

FRAKTION

B90/ Die Grünen | DIE LINKE / SPD

ANSPRECHPARTNER

Thomas Ulmer / Hans-Michael Gritz

ANTRAG

Erklärung der Stadt Kornwestheim zum "sicheren Hafen" - Bereitschaft zur Aufnahme von geflüchteten Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind.

Hiermit beantragen wir:

1. Die Stadt Kornwestheim erklärt sich mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der Initiative SEEBRÜCKE solidarisch und will einen Beitrag zur Beendigung der humanitären Katastrophe im Mittelmeer leisten. Sie spricht sich gegen eine Kriminalisierung der Rettung von Menschen in Seenot aus.
2. Die Stadt Kornwestheim unterstützt, wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“, tritt diesem Bündnis bei und erklärt sich zum „sicheren Hafen“.
3. Die Stadt Kornwestheim erklärt sich dazu bereit, Menschen aufzunehmen, die auf ihrer Flucht aus Seenot gerettet worden sind, und teilt dies den zuständigen Behörden – insbesondere dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat – mit.
4. Die Stadt Kornwestheim fordert die Bundesregierung auf, die Möglichkeit für Kommunen zu schaffen, zusätzlich Menschen aus Seenot aufnehmen zu können.
5. Die Stadt Kornwestheim und der Gemeinderat appellieren an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie für die Rettung der Menschen im Mittelmeer einzusetzen.
6. Die Stadt Kornwestheim und der Gemeinderat fordern die Bundesregierung auf, zur Entspannung der Lage auf den griechischen Inseln ebenfalls eine Möglichkeit für Kommunen zu schaffen, von dort unbegleitete Minderjährige und Familien mit minderjährigen Kindern aufzunehmen.

B E G R Ü N D U N G

In den letzten Jahren sind Tausende Menschen bei ihrer Überfahrt nach Europa im Mittelmeer gestorben. Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR sind 2.262 Flüchtlinge im Jahr 2018 bei der Fahrt über das Mittelmeer ums Leben gekommen oder gelten als vermisst.

Im Jahr 2017 waren 3.139 Todes- oder Vermisstenfälle registriert worden. Die Zahlen für 2019 wurden noch nicht verlässlich veröffentlicht, diese dürften aber genau so hoch wie 2017/ 2018 sein oder noch höher.

Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Rettungsorganisationen wird zum Teil verhindert und Organisationen der Seenotrettung teilweise kriminalisiert.

Die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“ protestiert gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter*innen.

Diese Initiative wurde von dem Berliner Verein Mensch Mensch Mensch e. V. gegründet. Viele Städte (Stand September 2020: Bundesweit 174 Sichere Häfen) haben sich bereits solidarisiert. So haben zum Beispiel die Städte und Gemeinden Asperg, Marbach/N, Waiblingen, Reutlingen, Tübingen, Stuttgart, Schwäbisch Hall, Schwäbisch Gmünd, Biberach, Heidelberg, Karlsruhe usw. angeboten, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen und gegenüber der Bundesregierung politisch deutlich gemacht, dass sie die humanitären Ziele der zivilen Seenotretter*innen unterstützen.

Die Bürger*innen der Stadt Kornwestheim sowie Gemeinderat und Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen, zu integrieren und beim Ankommen zu unterstützen.

Die Stadt Kornwestheim möchte hier ebenfalls ein Zeichen für Menschlichkeit und Frieden setzen, da die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot ein Ausdruck der Menschlichkeit ist.

Deshalb beantragen wir, dass die Stadt Kornwestheim sich als „sicheren Hafen“ dazu bereit erklärt, freiwillig Flüchtlinge, die aus dem Mittelmeer gerettet wurden, aufzunehmen.

Zudem sollte schnellst möglich auf die Bundesregierung eingewirkt werden, dass die dramatischen und unhaltbaren Zustände, insbesondere für Kinder, Frauen und Familien auf den griechischen Inseln gelöst werden.

F I N A N Z I E L L E A U S W I R K U N G E N

Nicht bekannt.

D E C K U N G S V O R S C H L A G

Kornwestheim, den 10.09.2020

Th. Ulmer
(Unterschrift)



Sicheren Häfen - Forderungen der SEEBRÜCKE

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits dutzende Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Kommunen können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen. Als SEEBRÜCKE begleiten wir den Prozess und dokumentieren, welche Schritte Kommunen aus unserer Sicht bereits gegangen sind (Kontakt: sichererhafen@seebruecke.org).

Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.
4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre Aufnahmeverfahren des

TRÄGERVEREIN

Mensch Mensch Mensch e.V.
Utrechter Str. 48
13347 Berlin

KONTAKT

Telefon: +49 30 / 52 666 130
support@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO

IBAN: DE07430609671167120503
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank



Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).

6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-Verfahrens).
7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

8. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.
9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.

TRÄGERVEREIN

Mensch Mensch Mensch e.V.
Utrechter Str. 48
13347 Berlin

KONTAKT

Telefon: +49 30 / 52 666 130
support@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO

IBAN: DE07430609671167120503
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank

Fraktion B90/ Die Grünen | DIE LINKE

Fraktion SPD

Antworten zu den Fragen der Fraktionen:

- CDU
- Freie Wähler
- FDP

Bezug VFA-Sitzung v. 15.10.2020

1) Wie viele Asylbewerber sollen konkret aufgenommen werden?

Die Aufnahmekapazität wird im Vorfeld zwischen der Verwaltung der Stadt Kornwestheim und dem Landkreis Ludwigsburg geklärt, je nach Verfügbarkeit der Unterbringungsmöglichkeiten.

2) Davon wie viele unbegleitete Minderjährige?

Eine Aufnahme ist grundsätzlich abhängig von den verfügbaren Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Eine Festlegung auf eine Anzahl oder Ablehnung von Geflüchteten dieser Gruppe würde dem Ziel und den Grundsätzen der Initiative widersprechen.

3) Wo sollen diese Asylbewerber untergebracht werden? Wer soll die Asylbewerber betreuen, insbesondere die Minderjährigen?

Hier liegen ausreichende positive Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten und insbesondere der letzten fünf Jahre in Kornwestheim vor. Das Verfahren ist dasselbe wie bei den Geflüchteten, die auch bisher der Stadt Kornwestheim zugeteilt wurden.

(Verwaltung kann dazu etwas ergänzen)

4) Wie viel Geld soll in den in den Haushalt extra eingestellt werden?

Vom Grundsatz her können Menschenleben und damit verbundene Kosten nicht mit Geld aufgewogen werden.

Aber aus den Erfahrungen der letzten Jahre können hierzu selbstverständlich Angaben gemacht werden. Die anfallenden Kosten richten sich grundsätzlich nach der Anzahl der untergebrachten und betreuten Menschen.

(Verwaltung kann eine Pro Kopf Zahl bitte ergänzen)

5) Ziffer 4 des Antrags betreffend: an welche zusätzlichen Möglichkeiten wird gedacht?

Das Quotensystem EASY (Erstverteilung von Asylbegehrenden) richtet sich nach dem sogenannten " Königsteiner Schlüssel ". Die Verteilungsquote wird jährlich von der Bund-Länder-Kommission ermittelt und legt fest, welchen Anteil der Asylsuchenden jedes Bundesland aufnimmt. So soll eine angemessene und gerechte Verteilung auf die Bundesländer sichergestellt werden.

Die Möglichkeit zur Aufnahme von zusätzlichen Menschen aus Seenot kann nur nach einer Veränderung der derzeit rechtlichen Rahmenbedingungen geschehen.

6) Warum geht es nur um Bootsflüchtlinge und nicht um andere?

Siehe Nr. 6. im Antrag

gez.:

Ulmer

Balaban

Gritz

16.11.2020 (tu)